

Übereinstimmung in bioethischen und umweltpolitischen Fragen

Gespräch zwischen Mitgliedern der Grünen-Landtagsfraktion und Vertretern der Kirchenleitung

Große Übereinstimmung in einer Reihe von gesellschaftspolitischen Fragen konnte Landesbischof Johannes Friedrich zum Abschluss einer zweistündigen Begegnung von Mitgliedern der Grünen-Landtagsfraktion und Vertretern der Kirchenleitung im Landeskirchenamt in München feststellen.

Die Münchner Regionalbischöfin und Ständige Vertreterin des Landesbischofs, Susanne Breit-Keßler dankte an dieser Stelle der deutschen Europa-Parlamentarierin der Grünen, Hiltrud Breyer, dass sie sich konsequent gegen das Vorhaben der Europäischen Kommission ausgesprochen hatte, erblich bedingte seltene Krankheiten „auszumerzen“, wie es der griechische Berichtersteller Trakatellis gefordert hatte.

Breit-Keßler plädierte leidenschaftlich für eine Gesellschaft, deren Humanität sich darin zeige, dass sie die Würde jedes individuellen menschlichen Lebens unabhängig von Entwicklungsstand und Fähigkeiten achte und schütze.

Klare Zustimmung seitens der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Margarete Bause, und der religionspolitischen Sprecherin Ulrike Gote erhielt Breit-Keßler für ihre Warnung vor einem Missbrauch gendiagnostischer Verfahren. Beide Seiten waren sich einig, dass es ein Recht des „Nicht-Wissens“ nach gendiagnostischen Untersuchungen geben müsse, dass heimliche Vaterschaftstests weiterhin nicht erlaubt seien, sowie Versicherungsunternehmen grundsätzlich keine Auskünfte über genetische Daten erhalten dürften.

Ausdrücklich würdigten Bause und Gote das Wort der Landessynode „Mit Energie für gutes Klima“. Synodalpräsidentin Dorothea Deneke-Stoll informierte darüber, dass im Zentrum des Wortes der Landessynode eine Selbstverpflichtung für kirchliche Einrichtungen zu klimaschonendem Wirtschaften stehe.

Weitere Gespräche zwischen Mitgliedern der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern der Kirchenleitung wurden vereinbart zum Verhältnis Staat-Kirche, zu Fragen der Organspende und zur Bildungspolitik.

München, 28. Juli 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher

